

Rentenreform als Prüfstein für Sarkozy

Francois, 32 jähriger Angestellter eines Friseurladens, beobachtete die jüngste Pariser Gewerkschaftsdemo gegen die geplante Rentenreform vom Spalier aus: „Mein Rücken ist schon jetzt kaputt. Ich kann ich mir nicht vorstellen, dass ich überhaupt bis 60 Jahre durchhalte. Aber die Reform ist unausweichlich, die Kassen sind leer“.

Solch – verbreiteter – Fatalismus dürfte es Nicolas Sarkozy gestatten, das letzte und schwierigste Reformprojekt seines Präsidentschaftsmandats noch vor dem Sommer durchzuziehen. Dabei rüttelt die vorgesehene Hinaufsetzung des Pensionsantritts-Alters (bisher 60 Jahre) an einem Tabu. Die Pension ab 60 war das allerletzte noch wirksame sozialpolitische Vermächtnis des legendären SP-Staatschefs Francois Mitterrand.

Sarkozy, der selber ursprünglich versprochen hatte, dieses Recht nicht anzutasten, büßte für seinen Haltungswandel bei Regionalwahlen im März mit einer landesweiten Niederlage seiner Regierungspartei.

Für Ängste sorgt auch die geplante Anhebung der erforderlichen Beitragsjahre für die Erlangung einer Vollpension (derzeit 40 Jahre). In Frankreich ist der Beschäftigtenstand der unter 30- und über 50-Jährigen besonders gering, die meisten Arbeitnehmer kommen nur auf 20 volle Beitragsjahre.

Jetzt aber, angesichts der Finanzkrise und Explosion der Staatsdefizite in der EU, scheint der Bann gebrochen. Ein Expertenrat lieferte Sarkozy zusätzliche Argumente: demnach droht das Defizit der Pensionskassen bis 2050 auf 2600 Milliarden Euro anzuwachsen – fast doppelt so hoch als Frankreichs derzeitige öffentliche Gesamtverschuldung.

Für Sarkozy steht alles auf dem Spiel. Für die Rating-Agenturen, die auch Frankreich wegen seiner Staatsschuld in der Höhe von 83,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Blickwinkel haben, ist die Rentenreform ein Gradmesser für Sarkozys Fähigkeit, das Defizit in den Griff zu bekommen.

Damit steht und fällt auch die Kapazität von Sarkozy mit Angela Merkel auf Augenhöhe zu streiten. Frankreichs Präsident und die deutsche Kanzlerin rivalisieren um die Führungsrolle bei der Anti-Krisenpolitik der EU. Die Stärkeposition in der EU braucht Sarkozy auch, um nächstes Jahr den französischen Vorsitz der G-20-Staatengruppe für sich voll auszuschlachten.

Der Prestigegewinn auf der Weltbühne, so das Kalkül von Sarkozy, soll seine Wiederwahl in Frankreich 2012 gewährleisten. Die Rentenreform ist aber auch die Voraussetzung, dass Sarkozy in seinem eigenen Lager wieder Autorität erlangt und seine innerbürgerlichen Rivalen für die Präsidentenwahl entmutigt.

DANNY LEDER, PARIS